

Kritische Anmerkungen zu den von Kurt Beck am 24. April 2006 vorgelegten „Leitsätzen“

Fassung vom 28. Mai 2006

1. Mit der Vorlage der „Leitsätze“ am 24. April 2006 hat Kurt Beck als designierter Parteivorsitzender die Diskussion um eine neues Grundsatzprogramm eröffnet, das Ende 2007 verabschiedet werden soll. Vorarbeiten dazu hat die Programmkommission in vielen Arbeitsitzungen geleistet. Die Formulierungen sind in der Parteizentrale entwickelt worden. Eine förmliche Befassung mit den Leitsätzen in Parteigremien hat bisher nicht stattgefunden. Insofern sind sie nicht mehr als ein Diskussionsanstoß. Einen ersten förmlichen Entwurf für das Grundsatzprogramm soll es erst im Januar 2007 nach der ersten „Dialogphase“ geben.
2. Die „Leitsätze“ sind sehr allgemein gehalten und entsprechend kurz ausgefallen. Sie sind sprachlich etwas spröde, manchmal für den Laien schwer verständlich und kaum geeignet, Menschen zu begeistern. Viele Thesen beziehen sich eher auf aktuelle Probleme und Konflikte, weniger auf grundsätzliche Fragen. Vom Diskussionsprozess wird es abhängen, wie konkret die Partei im „Grundsatzprogramm“ mit einer Gültigkeit für die nächsten zehn bis 15 Jahre werden will und kann. Die „Leitsätze“ enthalten gleichzeitig eine ganze Reihe von Redundanzen, die vermieden werden könnten. Das würde Platz schaffen für Aussagen zu Politikbereichen, die zu kurz gekommen sind, wie zum Beispiel Umwelt und Nachhaltigkeit, Dritte Welt, Gender Mainstreaming, Innere Sicherheit, Struktur der internationalen Institutionen bzw. der Sozialdemokratie usw.
3. Das Papier liegt weitgehend im Mainstream der Parteitagsbeschlüsse der vergangenen Jahre. Das ist natürlich richtig. Aber es sollte sich beim Grundsatzprogramm nicht um ein Regierungsprogramm handeln, in dem kurzfristige Lösungen für aktuelle Probleme aufgeschrieben werden, sondern um problembewusste Analysen und langfristige Strategien. Dazu gehören zum Beispiel die evidente Krise der Erwerbsarbeit, die natürlichen Grenzen quantitativen Wirtschaftswachstums, Strukturfragen des Bildungssystems, Umgang mit zunehmender Migration oder die Strukturen für eine gemeinsame europäische Politik der Sozialdemokratie und für die demokratische Willensbildung in internationalen Gremien wie VN, WTO, IWF, Weltbank etc.
4. Begrüßenswert ist das klare Bekenntnis zu einem „handlungsfähigen Staat“, auch wenn wenig darüber gesagt wird, wie er finanziert werden soll (aus Angst vor einer öffentlichen Diskussion über weitere Steuererhöhungen?). Die Gleichzeitigkeit der Programmdiskussion bei SPD und CDU bedeutet die Chance zur jeweiligen Profilierung, auch in Zeiten einer Großen Koalition. Die Ankündigungen der Union, die Rolle des Staates zurückzudrängen, könnte das Thema „handlungsfähiger Staat“ zum interessanten Konfliktthema machen, wenn es der SPD gelingt, für deutliche Aussagen dazu wenigstens einen Teil der öffentlichen Meinung zu gewinnen. Das wird eine zentrale Aufgabe der Programmdiskussion werden.
5. In den „Leitsätzen“ steht wenig Falsches, einiges bedarf der weiteren kritischen Diskussion, und im übrigen fehlt vieles (siehe oben!). Einige konkrete Punkte bedürfen der Korrektur bzw. Ergänzung:

I. Warum wir ein neues Grundsatzprogramm brauchen

Dieses Kapitel spricht von der „Welt im Umbruch“, von neuen Chancen, aber auch „neuen Risiken“. Gleichzeitig werden neue Antworten u.a. auf den sozialen, demografischen und technischen Wandel gefordert. Wir haben uns angewöhnt, Bedrohungen an die Wand zu

malen. Dabei kommt wesentlich zu kurz, dass wir seit dem Zusammenbruch des Ostblocks nur noch von Freunden umgeben sind, dass die Erweiterung der Europäischen Union große wirtschaftliche Chancen gebracht hat, dass Deutschlands Stimme seit der rot-grünen Koalition (das war doch hoffentlich nicht ein Ausrutscher der deutschen Geschichte) politisch erheblich an Gewicht gewonnen hat.

Der „soziale und demografische Wandel“ wird als Menetekel an die Wand gemalt, ohne kritisch zu überprüfen, ob die Annahmen stimmen (siehe Demografieforscher Prof. Gerd Bosbach, FH Koblenz). In der Programmkommission war zu erfahren, dass der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach heutigem Stand erst etwa 2020 zurückgeht. Insofern ist heute die Finanzkrise der beitragsfinanzierten Sicherheitssysteme kein demografisches, sondern ein Arbeitsmarktproblem.

II. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

- 2.1. Im ersten Absatz werden die geistigen Wurzeln unserer Grundwerte im „christlichen Menschenbild, im Humanismus, in der Aufklärung und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung“ geortet. Die Reihenfolge ist problematisch und erinnert an Frau von der Leyens christliche Werteerziehung im Kindergarten. Da haben wir erheblichen Diskussionsbedarf.
- 2.2. Im 2. Absatz heißt es: „Freiheit ohne Verantwortung gibt es nicht. Wer Rechte hat, hat auch Pflichten.“ Das ist wohl heute Allgemeingut in der SPD. Das Spannungsverhältnis findet sich in den letzten Sätzen zum Grundwert Gerechtigkeit: „Gerechtigkeit erfordert, dass die gleiche Freiheit und die gleiche Würde aller Menschen gewährleistet werden – unabhängig von ihren jeweiligen Leistungen für die Gemeinschaft. Gerechtigkeit erfordert aber ebenso die Anerkennung ihrer unterschiedlichen Leistungen für die Gemeinschaft.“ Was bedeutet „Anerkennung“? Soll das eine Rechtfertigung für wachsende Unterschiede bei Einkommen und Vermögen sein?
- 2.3. Im 3. Absatz bedeutet gerechte Teilhabe „zuallererst“ Chancengleichheit. Soll damit die Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit beendet werden, die mindestens gleichrangig mit der Zugangsgerechtigkeit geführt werden muss?
- 2.4. Auf Seite 4 oben wird Solidarität im wesentlichen als aktives und „freiwilliges“ Einstehen füreinander beschrieben. Solidarität muss als ein Grundwert beschrieben werden, dessen Realisierung nicht persönlichem Gutdünken überlassen werden kann, der vielmehr auch über Gesetzgebung eingefordert werden muss wie die Grundwerte „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“.
- 2.5. Auf Seite 4 zum Begriff „Demokratischer Sozialismus“: „Nach dem Ende der Systemkonfrontation verkörpert dieser Begriff die bleibende Einsicht, dass in einer Marktwirtschaft stets auch Lebensbereiche und öffentliche Güter existieren müssen, die der Logik des Marktes entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet sein sollten.“ Der Begriff kommt also wenigstens vor. Ist das nun eine verbale Konzession an die Parteilinke und gleichzeitig ein Versuch, durch eine harmlos klingende Definition eine öffentliche Diffamierung zu vermeiden? Der Begriff „demokratischer Sozialismus“ ist Tradition und Perspektive zugleich. Ein Blick in die europäischen Nachbarländer macht deutlich, dass unsere Partner ihn durchaus ohne unsere Scheuklappen verwenden. Er sollte im Grundsatzprogramm die Identität der geeinten europäischen und ein Projekt der internationalen Sozialdemokratie beschreiben.

III. Die Ziele der sozialen Demokratie

- 3.1. Auf Seite 5 wird die Anwendung militärischer Mittel als letztes Mittel „im strikten Einklang mit dem Völkerrecht“ für zulässig erklärt. Sollte es nicht präziser heißen, im Einklang mit Entscheidungen des VN-Sicherheitsrats bzw. der VN-Vollversammlung oder der Regionalorganisationen der VN, wie das bisherige Parteitage festgeschrieben haben?
- 3.2. Militärische Mittel zur Friedenssicherung (Seite 5) werden „ausschließlich als letztes Mittel, wenn alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft worden sind“ vorgesehen. Die Praxis der eigenen Bundesregierung ist inzwischen anders. Militär wird häufig (z.B. in Afghanistan) als „robuste“ Polizei eingesetzt. Das hat sich auch an mehreren Stellen bewährt. Gemeint sind offenbar Kampfeinsätze „als letztes Mittel“. Das müsste präzisiert werden.
- 3.3. Auf Seite 6 wird eine „faire Globalisierung“ angemahnt, als Leitbild eine „Globale Soziale Marktwirtschaft“ empfohlen. Nun ist ein „Leitbild“ noch kein Ordnungsrahmen. Und was bitte soll ein Laie unter „internationaler Finanzarchitektur“ verstehen? Als Instrument soll es „neue Formen der Staatlichkeit auf europäischer und internationaler Ebene“ geben. Hier wird nichts darüber gesagt, wie die aussehen könnten, und welche Rolle dabei die internationale bzw. europäische Sozialdemokratie spielen sollte (siehe Sozialistische Internationale in Sao Paulo 2003). Dazu muss auch etwas über gemeinsame soziale und ökologische Standards und etwas über internationale Steuern und über Sanktionsmöglichkeiten ergänzt werden.
- 3.4. Auf Seite 6 im Kapitel „Wohlstand und Beschäftigung“ taucht an keiner Stelle die andauernde Massenarbeitslosigkeit als Herausforderung auf. Offenbar glauben/hoffen die Autoren, dass sich das Problem irgendwie von selbst erledigen würde, wenn alle nur etwas flexibler, mobiler und qualifizierter und die Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter dünner würden. Hier müsste spätestens auch etwas zur „Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft“ gesagt werden, die offenbar kein vorübergehendes Phänomen ist und mit den aktuell möglichen Wachstumsraten (bis gegen zwei Prozent) auch nicht zu bewältigen ist, weil wegen zunehmender Produktivität (z.Zt. ca. 1,5% pro Jahr) kaum Beschäftigungseffekte zu erwarten sind.
- 3.5. Auf Seite 6 im Kapitel „Wohlstand und Beschäftigung“ wird wertneutral festgehalten, die Anforderungen an „die zeitliche Flexibilität und die räumliche Mobilität der Menschen“ habe zugenommen. Wie lässt sich das mit den Thesen zum neuen Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft (Stichwort: Heimat) vereinbaren?
- 3.6. Auf Seite 7 wird die „Teilhabe aller Menschen an der Erwerbsarbeit“ als Ziel proklamiert, eine „Politik, die am Ziel der Vollbeschäftigung festhält“: Alle Menschen hätten das Recht, aber auch die Verpflichtung, ihren eigenen Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu bestreiten, sofern sie dazu in der Lage seien. Das setzt allerdings auch entsprechende Angebote voraus, die aktuell nicht vorhanden sind. Sollte hier nicht auch etwas über eine Perspektive Grundeinkommen oder Bürgergeld bzw. negative Einkommensteuer gesagt werden, wenn schon ein „Grundsatzprogramm“ formuliert werden soll? Offensichtlich hat sich ALG II für viele inzwischen schon zur neuen „Grundsicherung“ entwickelt. Außerdem muss das Verhältnis zwischen gewerblicher Arbeit und humanen bzw. sozialen Dienstleistungen (Bildung, Erziehung, Pflege) sowie gegenüber ehrenamtlichen Tätigkeiten neu überdacht werden. Im Berliner Programm waren wir da schon weiter.
- 3.7. Auf Seite 7 heißt es „Leistung gegen Teilhabe“ als nicht eingehaltenes Versprechen der sozialen Marktwirtschaft. Das Versprechen soll „erneuert“ werden. Sollen denn nur die „teilhaben“ können, die entsprechendes (was?) leisten?

- 3.8. Auf Seite 7 unten ist der Begriff „Generationensolidarität“ in der Zwischenüberschrift erklärungsbedürftig. Hier soll offenbar der neuen Mode eines angeblichen Verteilungskampfes zwischen den Generationen entsprochen werden. Besondere Solidarität sollte doch gegenüber den Schwächeren in der Gesellschaft gelten, unabhängig davon, wie alt sie sind.
- 3.9. Auf Seite 8 wird die „Dynamik und die Finanzierung unserer Systeme der sozialen Sicherung“ davon abhängig gemacht, dass wir die „Auswirkungen der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung“ dämpfen: „Politik muss...den ihr möglichen Beitrag leisten, die ungünstige demografische Entwicklung wieder zu verbessern.“ „Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden...“ Immerhin wird auch auf eine vernünftige Einwanderungs- und Integrationspolitik abgehoben. Sind solche Begründungen für die neue Form der „Bevölkerungspolitik“ haltbar und wie verträglich sich diese Instrumentalisierung der Familienpolitik mit unseren Grundwerten?
- 3.10. Auf Seite 8 ist „ein Land ohne Kinder in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft“. Das ist eine Blut-und-Boden-Neuaufgabe des „ius sanguinis“. „Mehr Kinder“ ist keine gesellschaftspolitische Aufgabe. Wir sind nicht für „mehr Kinder“, um künftig ausreichend Beitragszahler für unsere sozialen Sicherungssysteme zu haben, sondern um den natürlichen Bedürfnissen und Wünschen von Menschen zu entsprechen, Kinder in die Welt zu setzen. Die Kernaussage sollte heißen: Sozialdemokratie steht dafür, dass Kinderwünsche ohne Beschränkung durch Zukunftsängste – z.B. mangelhafte Betreuung und fehlende Chancen für Kinder, wirtschaftliche Unsicherheit, auch beim Scheitern einer Partnerschaft - verwirklicht werden können und ohne dass Menschen damit eine bestimmte Lebensform vorgeschrieben wird. Wir wollen, dass Kinder – unabhängig von ihrer Familiensituation – die besten Chancen zum Aufwachsen, Leben und Lernen erhalten.
- 3.11. Überhaupt ist die ganze sogenannte demografische Herausforderung fragwürdig: Aktuell gibt es noch kein Demografie-Problem. Wenn es heute zu wenig Beitragszahler und damit Löcher bei der Finanzierung der Sozialversicherungen gibt, hat das mit der Demografie nichts zu tun, sondern mit dem Mangel an Erwerbsarbeitsplätzen. Erst ab etwa 2020 wird der Anteil der Deutschen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 60 Jahre) sinken. Seriöse Prognosen bis 2050 gibt es nicht. Außerdem wird die Produktivität der Arbeit weiter steigen (gegenwärtig gesamtwirtschaftlich ca. 1,5% pro Jahr), so dass die erwerbstätige Bevölkerung einen höheren Altenquotienten ohne „Wohlstandsverlust“ tragen könnte.
- 3.12. Auf Seite 9 wird im 1. Absatz richtig festgestellt, dass Deutschland ein „Einwanderungsland“ ist. Hier fehlt jedoch die klare Aussage, welche Konsequenzen das hat. Wir wollen die legale Einwanderung ermöglichen und eindeutig regeln. Dabei darf es in Zukunft nicht mehr dazu kommen, dass Verfolgte oder Kriegsoffer aufgenommen werden, um sie – auch nach zehn Jahren gesellschaftlicher Integration – wieder abzuschieben. Am Ende des 1. Absatzes müsste auch ein Kriterium für die gelungene Integration genannt werden, nämlich die Beherrschung der Sprache sowie die Beachtung der Normen des Grundgesetzes und des Rechtssystems der Bundesrepublik.
- 3.13. Auf Seite 10 wird ein „nachhaltiger Fortschritt“ beschrieben, ein Fortschritt, der „dem Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet ist“, was bedeutet, dass wir auch „Verantwortung für die Zukunft kommender Generationen übernehmen müssen“. Wie soll der Konflikt zwischen wachsendem Wohlstand für alle durch Wirtschaftswachstum (quantitativ) und Endlichkeit der Ressourcen (Nachhaltigkeit!) aufgelöst werden? Wo bleibt eine These zur Diskussion um das Thema „anders leben“? Im übrigen drücken sich die Formulierungen um eine Aussage zur Grünen Gentechnik.

- 3.14. Im Berliner Programm waren Wachstum und Fortschritt präzise beschrieben. Diese Formulierungen sind auch heute gültig: "Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Wachsen muss, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muss, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut."
- 3.15. Umweltpolitik kommt in dem ganzen Papier nur am Rande vor. Dabei haben die von Sozialdemokraten durchgesetzten Formulierungen im Grundgesetz zum „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ Verfassungsrang und seit Anfang des 21. Jahrhunderts gibt es in Bund und Ländern Agenden 21 und Nachhaltigkeitsstrategien, die wir nicht den GRÜNEN überlassen sollten.
- 3.16. In der Frage der Energienutzung auf Seite 10 müssen unsere Ziele im Grundsatzprogramm noch deutlicher werden: Ersatz von atomarer und fossiler Versorgung durch massive Effizienzsteigerung und den Ausbau von erneuerbaren Energien. „Die intelligente Nutzung von Kohle und Gas“ kann nur als Zwischenschritt in einer langen Umbauphase unseres Versorgungssystems akzeptiert werden. Außerdem geht es um eine Dezentralisierung der Versorgungsstrukturen. In diesem Zusammenhang sollte auch etwas darüber gesagt werden, ob die zentralistische Kernfusion als angebliche Zukunftstechnologie mit gewaltigem Milliarden-Aufwand weiter verfolgt werden soll.
- 3.17. Auf Seite 11 werden richtig die Belastungen für unser gesellschaftliches Zusammenleben durch Leistungsdruck bzw. Flexibilität und Mobilität beschrieben. Die traditionellen Orte hätten an „Bindekraft“ eingebüßt. Die SPD wolle den Zusammenhalt wieder stärken. Wenn das richtig ist, wie will die SPD das in die Wege leiten, wenn sie gleichzeitig die Flexibilisierung aller Lebensverhältnisse für unvermeidlich hält?
- 3.18. Im letzten Satz auf Seite 11 taucht unvermittelt in zwei angehängten Sätzen das Thema innere Sicherheit auf. Das ist wohl eine eingehendere Erörterung wert. Und da müsste auch das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und individueller Freiheit (z.B. Recht auf informationelle Selbstbestimmung) beschrieben werden.

IV. Eine neue soziale Übereinkunft

- 4.1. Das Kapitel über die „neue soziale Übereinkunft“ ist gut geschrieben. Der Kernsatz auf Seite 12: „Wir stehen für den handlungsfähigen Staat in einer aktiven Bürgergesellschaft.“ Die „Einsichten“ in den Kullern auf Seite 13 bedürfen allerdings der Nacharbeitung. Will der Bürger sich auf „Bildung und *Aktivierung*“ verlassen können? Wollen wir den Wohlstand hier nur „erhalten“, obwohl weiter unten auf die „Steigerung des Wachstums“ gesetzt wird? Wollen wir die globalen Märkte „fair“ (ein Anglizismus aus dem Schröder-Blair-Papier, für die meisten Leser unverständlich) ausgestalten? Und im 5. Kuller sollte auch etwas über gleiche Chancen für Männer in der *Familien- und Hausarbeit* stehen.
- 4.2. Die „neue soziale Übereinkunft“ muss auch etwas darüber sagen, wie die notwendigen zusätzlichen Einnahmen des Staates aufgebracht werden sollen. Mehrwertsteuererhöhungen sind nicht nur konjunkturpolitisch, sondern auch sozial problematisch. Die „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ muss deshalb etwas über die Beteiligung der großen Einkommen und Vermögen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sagen: Verschärfung der Progression bei der Einkommensteuer, Spitzensteuersatz, Vermögen- und Erbschaftssteuer. Und zur Steuerung des Ressourcenverbrauchs hat sich auch die Öko-Steuer bewährt.

- 4.3. Hier müsste auch das Bekenntnis zum „Primat der Politik“ gegenüber der Ökonomie noch deutlicher formuliert werden, wobei die Kräfte beschrieben werden müssen, die gegenwärtig mit wirtschaftlicher Macht politisches Handeln blockieren bzw. eingrenzen.
- 4.4. Im Grundsatzprogramm sollte als Zielvorstellung (siehe Heidelberger Programm von 1925) ein vereinigtes, demokratisches und soziales Europa formuliert werden.
- 4.5. Im Kapitel Europa ab Seite 14 wird für die europäische Verfassung plädiert. Das ist richtig, greift aber zu kurz, wenn die Grundsätze einer solchen Verfassung nicht ausreichend formuliert werden (vielleicht wird die Verfassung doch schneller verabschiedet als die Halbwertzeit unseres Programms?). Besser wäre es, sich auf ein Bekenntnis zur EU-Grundrechtecharta und das europäische „Sozialmodell“ zu konzentrieren, in dem die gemeinsamen sozialen Standards schrittweise angehoben werden.
- 4.6. Auf Seite 15 wird dann der „Lissabon-Prozess“ genannt, der den richtigen Weg gewiesen habe. Welcher normale Bürger bzw. welche Bürgerin kann damit etwas anfangen? Oder soll das eine Frage für den Einbürgerungstest werden? Auch hier taucht wieder die „Finanzarchitektur“ auf? Polemisch: Sind das die Wolkenkratzer der Banken in Frankfurt? Außerdem: Das Lissabon-Papier ist kein SPE-Grundsatzprogramm, sondern ein Kompromiss mit neoliberaler Einschlag gewesen. Wir sollten selbst formulieren, was wir wollen.
- 4.7. Der Titel „Soziale Marktwirtschaft erneuern“ erinnert an die „neue soziale Marktwirtschaft“ der Union und die sogenannten Initiativen (z.B. „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“), die ihre Stichwortgeber waren. Wir sollten lieber deutlich machen, dass wir die soziale Marktwirtschaft „zukunfts-fähig gestalten“ wollen.
- 4.8. Der Wachstumsbegriff wird in dem Papier ziemlich beliebig verwendet. Mal heißt es schlicht Wachstum, mal „wirtschaftliches Wachstum“, mal „qualitatives Wachstum“ – woanders sogar „nachhaltiges Wachstum“ oder „langfristiges Wachstum“? Was ist gemeint?
- 4.9. Auf Seite 16 wird die Bedeutung der Binnennachfrage betont. Und die Wirksamkeit einer angebotsorientierten Politik über Steuersenkungen und Subventionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen problematisiert. Das ist richtig. Aber das sind aktuelle politische Fragen, die sich nicht ohne weiteres für ein Grundsatzprogramm verallgemeinern lassen. Es fehlt auch eine Aussage zur sozialen Verantwortung der Unternehmen, die gern die gute deutsche Infrastruktur zur Entwicklung von Produkten und Verfahren nutzen, um sich dann in Niedriglohnländer abzusetzen.
- 4.10. Auf der Seite 17 wird die Notwendigkeit einer Übereinkunft formuliert, welche öffentlichen Güter dem „reinen Marktprinzip entzogen werden sollten“. Ist die folgende Aufzählung hinreichend, und wo wollen wir nur den Zugang dazu gewährleistet wissen und „Räume für private Initiative“ öffnen? Ist mit diesen privaten Initiativen auch die kostspielige Privatisierung über sogenannte „öffentlich-private Partnerschaften“ (öpp) gemeint?
- 4.11. Ebenfalls auf Seite 17 wird festgestellt, dass die Bereitschaft der Menschen erforderlich sei, „auch dorthin zu gehen, wo die Arbeit ist“, weil wir nicht mehr davon ausgehen könnten, dass in allen Regionen genügend Arbeit zu den Menschen zu holen sei. Wollen wir uns trotz aller Beteuerungen zum sozialen Zusammenhalt und zur „Heimat“ damit schlichtweg abfinden?

- 4.12. Seite 17 (unten) übt massive Kritik am überlieferten Sozialstaat, der noch zu sehr „nachsorgende Ziele“ verfolge und sich zu wenig um die *Verhinderung* von Notlagen kümmere. Die Autoren scheinen ganz übersehen zu haben, dass wir im Jahr 3 nach der Umsetzung der Agenda 2010 leben, die genau dies bewirken wollte. Zuzugeben ist, dass insbesondere die Folgen von Hartz IV (darf man das noch so nennen?) noch nicht ausreichend geklärt sind.
- 4.13. Auf Seite 18 wird mit allgemeinen Formulierungen eine Vereinheitlichung der sozialen Sicherungssysteme proklamiert. Warum wird nicht deutlicher gesagt, was das bedeutet – z.B. die Reduzierung des Berufsbeamtentums auf hoheitliche Funktionen? Wir sollten für alle Arbeitnehmer, also für Arbeiter, Angestellte und Beamte, eine gemeinsame soziale Sicherung vorsehen – für die Krankenversicherung ebenso wie für die Altersversorgung.
- 4.14. Weiter unten wird die richtige Erkenntnis formuliert, dass der Sozialstaat in Zukunft eine breitere Finanzierungsbasis brauche, die sich weniger als bisher auf die Sozialversicherungsbeiträge stütze. Wenn der Steueranteil erhöht werden soll, muss klar sein, dass nicht nur die indirekte Mehrwertsteuer, sondern auch die progressiv wirkende direkte Einkommensteuer gemeint ist.
- 4.15. Unten auf Seite 18 findet sich eine lapidare Erinnerung an die Bürgerversicherung im Gesundheitswesen. Hier sollten in allgemeiner Form unsere beschlossenen Eckwerte beschrieben werden, unabhängig von den Plänen der Großen Koalition. Und: soll die private Krankenversicherung wirklich ins Grundsatzprogramm?
- 4.16. Im letzten Absatz auf Seite 18 heißt es: „*Auch* in Zukunft müssen alle Menschen im Alter über ein ausreichendes Einkommen verfügen können.“ Ist das heute wirklich für alle der Fall? Oder sollten wir nicht lieber deutlich machen, dass wir in Zukunft sicherstellen wollen, dass alle Menschen im Alter ausreichend versorgt sind.
- 4.17. Auf Seite 19 wird dann die Riester-Rente zum Programm erhoben, die „betriebliche und die private Altersvorsorge“ soll weiter ausgebaut und verbreitert werden. „Die Sicherung des Lebensstandards wird in Zukunft nur durch eine Kombination aus gesetzlicher Rente und Eigenvorsorge möglich sein.“ Soll die Selbstbeteiligung an der Altersvorsorge künftig noch über Riester hinausgehen und wie sollen das ggf. die Bezieher kleiner Einkommen, die kaum zum Lebensunterhalt reichen, bezahlen?

V. Die SPD als linke Volkspartei

- 5.1. Im Kapitel „linke Volkspartei“ auf Seite 19 sind wir gleichzeitig „die Partei der solidarischen Mitte“. Frage: Muss dieser Begriff unbedingt verwendet werden, oder könnte man ihn nicht auch durch die „Mehrheit der Bevölkerung“ ersetzen? Und lassen wir damit nicht links von uns soviel Platz, dass andere sich dort auf Dauer einnisten werden?